

**Deputation für Umwelt, Bau,
Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft (L)**

**Bericht der Verwaltung
für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L)
am 23.08.2018**

**Kaffee genießen, Müll vermeiden – umweltfreundliches Mehrwegsystem für
Getränkebecher einführen.**

Bericht zur Umsetzung des Beschlusses der Bürgerschaft vom 25.01.2018

Sachdarstellung:

Die Bürgerschaft (Landtag) hat mit Beschluss vom 25.01.2018 den Senat aufgefordert,

1. gemeinsam mit Handels- und Umweltverbänden ein Konzept für ein Mehrwegbechersystem – inklusive eines Pfand- und flexiblen Rückgabesystems – für Bremen zu entwickeln, um die Verwendung von Einwegbechern zu reduzieren.
2. sich auf Bundesebene für die einheitliche Einführung eines entsprechenden Systems einzusetzen.
3. der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft binnen sechs Monaten zu berichten.

Die Verwaltung legt hiermit den gewünschten Bericht vor.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr beobachtet seit Jahren den rasant steigenden Anteil von Einweggeschirr, Einwegbehältnissen und –besteck. Speziell in den Innenstädten, somit also auch in Bremen quellen oft die bereitgestellten Abfallbehälter über. Die sogenannten „Big Bellys“, die insbesondere im Innenstadtbereich aufgestellt sind, fassen durch Pressung ein Vielfaches des normalen Volumens eines Abfallbehälters. Dennoch hat die Stadtreinigung in erheblich höherem Umfang Reinigungsarbeiten übernehmen müssen durch ein erhebliches Maß auch an Achtlosigkeit oder z.B. Verwehungen von Verpackungsmaterialien, kleineren Plastikteilen wie Strohhalmen oder auch Einweggetränkebechern von Veranstaltungen. Durch möglichen Eintrag in die Weser trägt Bremen dazu bei, dass ein Teil der

Plastikpartikel-Verschmutzung der Nordsee auch auf nachlässiges Verhalten in der Stadtgemeinde zurückzuführen ist.

Coffee-to-Go-Becher werden in einem Umfang von etwa 18 Mio. Stück pro Jahr allein in der Stadtgemeinde Bremen nach ca. 15 Minuten Nutzung zu Abfall. Diese ressourcenverschwendende Situation wird durch die kostenlose Abgabe der Becher verstärkt und die Eigenwerbung der ausgebenden Firmen verstärkt die Ausgabe bedruckter Einwegbecher noch. Individuell mitgebrachte Mehrwegbecher reduzieren das „Einwegverhalten“ zwar, bisher aber wohl eher in geringem, nicht messbarem Ausmaß.

Zu 1.

Nach dem Beschluss der Bremischen Bürgerschaft hat der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) einen Förderantrag an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gestellt. Ziel dieses Projekts ist es, bis Anfang 2019 einen realisierbaren konsensfähigen Vorschlag zur Einführung eines Mehrweg-Poolsystems für die Stadt Bremen zu entwickeln, der von Handels- und Dienstleistungsbetrieben umgesetzt werden kann. Nach der Förderzusage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr wurde das Projekt mit einer Laufzeit bis Februar 2019 begonnen. Wesentliche Meilensteine des Projektes wurden bereits realisiert:

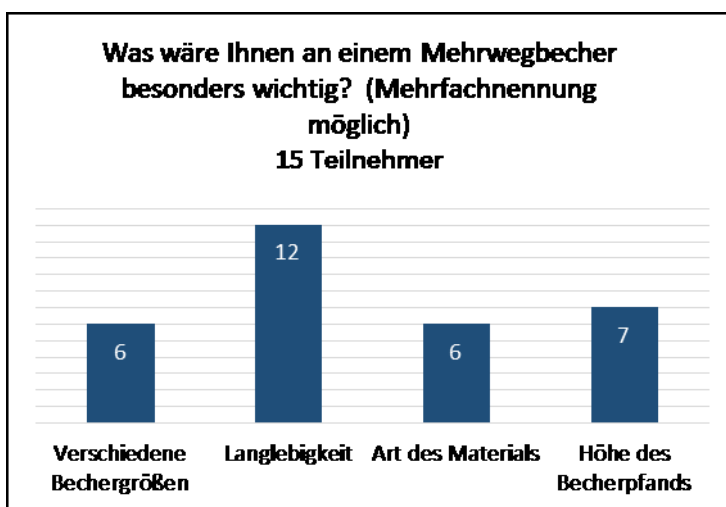
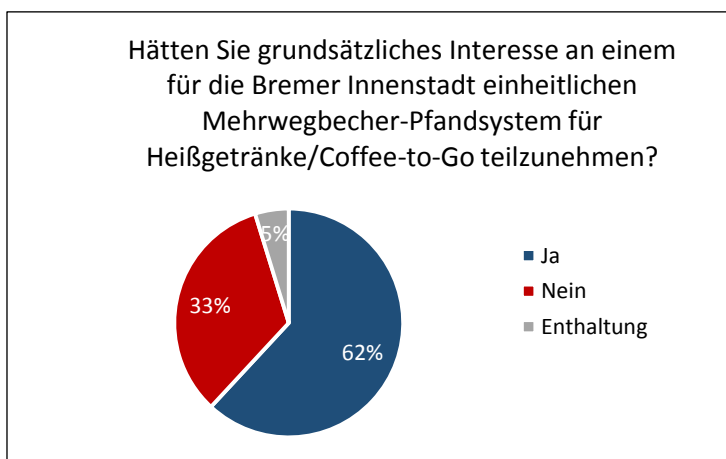
Seitens des Projektnehmers folgte zunächst eine allgemeine Recherche zu den Mehrwegsystemen im Kaffeebereich in Deutschland. In verschiedensten größeren Kommunen gibt es bereits Systeme, wie beispielsweise in Göttingen, Freiburg, Düsseldorf, Hannover oder Mainz. Sie unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht: Beispielsweise sind die Herstellungsmaterialien unterschiedlich, die Bechergröße, die Langlebigkeit des Bechers, das Pfandsystem selbst, die Serviceangebote wie z.B. einfache Logistik und Handlingsaspekte für die Nutzung durch Handel und Dienstleistungen.

Sehr unterschiedliche Unterstützungs- und Finanzierungsansätze werden von Seiten der jeweiligen Städte geboten. Angefangen von großen Werbekampagnen z.B. in Hannover oder auch einer finanziellen Zuwendungsförderung nach Ausschreibung wie z.B. in Hamburg werden in Stuttgart mit hohem Verwaltungsaufwand zunächst Stakeholder befragt, beteiligt, Systeme bewertet mit dem Ziel, ein wirklich funktionierendes System zu etablieren. Zum 01.01.2019 soll dort ein neues System realisiert werden.

Wesentlicher Faktor für eine mögliche Förderung eines stadtweiten Systems sollte zudem sein, dass es für andere, wesentliche Ausgabestellen von Einwegbechern möglichst einfach nutzbar ist: Für Unternehmen, die in ihren Kantinen oder mit ihren Dienstleistern diese Becher nutzen können oder auch für öffentliche Einrichtungen, in denen Coffee to Go-Becher ausgegeben werden. Eine diesbezügliche Recherche zur Situation in öffentlichen Gebäuden bzw. Verpflegungseinrichtungen läuft vom Projektnehmer BUND derzeit.

Es wurde ein Fragebogen entwickelt, der mit Hilfe der Handwerkskammer, der Handelskammer, der Cityinitiative und der Geschäftsstelle Umwelt Unternehmen an über 200 Unternehmen verschickt und ausgewertet wurde. Folgende Ergebnisse liegen nach der Auswertung des Rücklaufs von 21 Unternehmen vor:

- a) Es gibt extreme Unterschiede bei der Menge der ausgegebenen Becher (15-4300 Stück/Monat)
- b) Die allermeisten Einrichtungen benutzen Papierbecher mit Innenbeschichtung
- c) Es nehmen fast alle KundInnen einen Deckel mit
- d) Nur ein kleiner Teil befüllt Eigenbecher der KundInnen aufgrund hygienischer Einwände nicht
- e) Es gibt bei sehr vielen Läden einen Rabatt von 20 Cent (einzelne rabattieren 10 Cent) auf mitgebrachte Becher
- f) Bei 11 Unternehmen gibt es bereits (eigene) Mehrwegbecher
- g) 13 Unternehmen würden an einem Pfandsystem teilnehmen (oder nehmen schon teil) In einigen Fällen werden Lagerprobleme benannt
- h) Das Handling möglicher Systeme soll einfach sein: Austausch, Entsorgung, Reinigung
- i) Der Pfandbeitrag kann zwischen einem Euro und 5 Euro liegen



Am 26.06. hat eine Veranstaltung in der Handwerkskammer stattgefunden mit verschiedenen Referentinnen und Referenten und unter Beteiligung von 5 Anbietern von Mehrwegsystemen im Kaffeebereich.

In der Veranstaltung wurde von der Vertreterin der Handwerkskammer verdeutlicht, dass eine große Bereitschaft im Handel bestehe, Mehrwegsysteme einzusetzen. Viele Logistikprobleme scheinen noch als schwierig eingeschätzt zu werden, aber wenn freiwillige Systeme angeboten werden, könne man sich ja noch entsprechend einbringen. Verbote seien keinesfalls gewünscht.

In Bezug auf die notwendigen Hygienevorschriften konnte der Vertreter des LMTVet darlegen, dass es bisher immer Lösungen im Einzelfall gab und gibt und die Verunsicherung größer sei als der eigentliche Regelungsbedarf. Einer Befüllung stünde in der Regel nichts entgegen.

Weitere Arbeitsschritte des Projektnehmers BUND

Das Projekt wird im Projektzeitraum weiter umgesetzt. Die nächsten Schritte sind die Entwicklung eines Öffentlichkeitskonzeptes, weitere Ansprachen von Stakeholdern aus Handel und Dienstleistungen, auch im öffentlichen Sektor (z.B. Kantinen) und die weitere Beratung bei der Einführung eines Bremer Systems. Im Februar 2019 soll das Projekt abgeschlossen sein.

Zu 2.

Das Bundesumweltministerium hat in verschiedenen Statements und Dokumenten niedergelegt, dass es aktuell keine einheitliche Einführung eines Steuer- oder Abgabensystems geben wird bzw. dieses nicht geplant ist. Begründet wird diese Haltung im Wesentlichen mit rechtlichen Herleitungen, hier aus dem Abfallvermeidungsprogramm des Bundesumweltministeriums (2013):

Verbrauchssteuern dürfen nicht den alleinigen Zweck einer Verhaltensänderung haben und das Prinzip des freien Warenverkehrs muss beachtet werden,

Sonderabgaben sind ebenfalls nur unter engen rechtlichen Voraussetzungen möglich – es muss eine homogene Gruppe geben, die Abgaben zahlt, es muss eine spezifische Sachnähe geben zwischen Abgabepflichtigem und dem Zweck der Abgabe, gruppennützige Verwendung der Abgabe usw.

Eine aus Umweltsicht gewünschte Minimierung der Nutzung der Einwegbecher sei nicht als „Drosselungssteuer/-abgabe“ ausgestaltbar. Zudem müsse belegt werden, dass die positiven Umwelteffekte durch Abfallvermeidung nicht durch Verlagerungseffekte und/oder Quersubventionierung wieder aufgewogen werden. Dieser Nachweis sei schwer zu führen.

Eine „einheitliche Einführung eines entsprechenden Systems“ wird sich ohne entsprechende Besteuerung, einer Abgabe oder eines Verbots seitens des Bundes nur von Seiten der Wirtschaft perspektivisch entwickeln können. Die Vielfalt der Anbieter von Mehrwegsystemen und ihre jeweilige Konkurrenzsituation belebt einerseits die rasante Entwicklung von Materialien, Mehrwegsystemideen, logistischen Systemen usw., gleichzeitig ist es sehr schwierig, den wirtschaftlich rentablen Einstieg in den jeweiligen Städten zu finden. Zudem

gibt es bei einigen Marktteilnehmern Mengenuntergrenzen („ab 200 Bechern“), die Beteiligte aus Handel und Dienstleistungen abnehmen müssen, was dann wiederum eine bestimmte Größe der Kommune voraussetzt, damit ausreichende Abnehmer auf dem Markt zu finden sind. Dieses sind allesamt Erschwernisse, sodass in einigen Fällen kommunale Finanzmittel zur Förderung und Etablierung eines Systems zugewendet wurden.

Weiteres Vorgehen:

Nach der Beteiligung weiterer Stakeholder und der Analyse, welche Bedingungen in den öffentlichen Verpflegungseinrichtungen und weiteren Akteuren (Großverbraucher) gelten, wird der Projekt-Auftragnehmer dem Ressort die Ergebnisse zum Ende des Jahres 2018 vorstellen. Parallel wird das Ressort – ebenfalls zum Ende des Jahres – entscheiden, ob, in welcher Höhe und wie eine Zuwendung mit welchen Kriterien für einen Mehrwegbechersystembetreiber erfolgen kann. Falls diese Prüfung positiv ausfällt, soll dann Anfang 2019 dieses Verfahren von SUBV oder der Die Bremer Stadtreinigung (DBS) realisiert werden.

Beschlussvorschlag:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.